

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der täg. Anzeigensbedeute Leben, Wille, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einzeln. Einzelheft monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** St. Jungferstraße 14. Tel. 1769. Geschäftstags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die Gezeilene Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 88.

Dresden, Freitag den 18. April 1913.

24. Jahrg.

Das Dresdner Schöffengericht mußte eine Anzahl streifen-der Schiffer, die wegen Verletzung Arbeitswilliger und Hausfriedensbruchs angeklagt waren, freigesprochen werden.

In der belgischen Kammer kam es zu stürmischen Szenen.

Die bulgarisch-serbische Spannung hat an Schärfe bedenklich zugenommen.

Einem Ballonunglück in der Nähe von Paris fielen fünf Menschen zum Opfer.

Bei einem Hotelbrand in Molane (Vereinigte Staaten von Amerika) kamen sieben Menschen ums Leben.

## „Die finsternen Mächte.“

H. Dieser Kanzler ist doch unbezähmbar — für die Sozialdemokratie. Seine neueste Polemik gegen unsere Partei übertrifft an Ungeheuerlichkeit alles, was er sonst auf diesem Gebiete zu leisten vermocht hat. Er ist eine seltsame Erscheinung im Reichstag. Nur wenn es gar nicht anders geht, legt er sich der Kritik aus und ergreift selber zu notwendigen Darlegungen das Wort. Offenbar hatte er sich noch nicht völlig erholt von der Blamage, die er sich zuzog, als er in Verteidigung der Wehrverträge in die Ausdrucksweise der russischen Panlawisten und der alldutschen Chauvinisten einließ, indem er von der Wichtigkeit eines Zusammenstoßes zwischen Slawen und Germanen sprach und genötigt war, einige Tage darauf diesen unverantwortlichen Mißgriff hinwegzujustieren. Dann verschwand er von der Bildfläche. Selbst als die auswärtige Politik in der zweiten Lesung des Etats des Reichstages zur Verhandlung stand, tauchte der einzige verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik des Reiches nicht auf. Er erschien erst wieder bei der Verhandlung über das Reichsanlagenamt. Auch da zeigte er nur eine kurze Zeit seinen Amtssessel, lobte fünf Minuten lang gegen die Sozialdemokratie los und verschwand, ohne eine Antwort abzuwarten. Schon dieses bei ihm nicht ungewöhnliche Verhalten entspricht nicht den Erfordernissen eines öffentlichen Meinungskämpfers. Doch das sind wir ja bei diesen Herren gewöhnt. Wie sehen aber nun die Geschäfte aus, die der Kanzler gornenbrannt gegen uns losgefeuert hat?

In der Debatte hat der Genosse Gradnauer einer Rede Erwähnung getan, in der Kaiser Wilhelm II. zum Kampf gegen die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit aufgefordert hat. Gradnauer glaubte das auf die Sozialdemokratie beziehen zu müssen. Der Vizepräsident Dove bestritt, daß das möglich sei; der Kanzler aber bestätigte schmerzhaft die Richtigkeit jener Vermutung, indem er den Angriff auf die Sozialdemokraten als finstere Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit zu rechtfertigen suchte. Den völlig abgedrohten und erst jüngst von unserer Seite widerlegten Vorwurf der Vaterlandslosigkeit suchte er zu erbärten durch den Hinweis auf Herrn Cassels Bemerkungen im Berliner Rathhaus, als er den Vitzgang der Stadtverordneten in eine christliche Kirche am Geburtstag der Königin Luise gegenüber der Sozialdemokratie verurteilte. Es ist nicht nötig, an dieser Stelle darauf einzugehen, da ja diese Casselschen Verästelungen durch die von unserer Seite sofort erfolgte Berufung auf unserer Uebereinstimmung mit den wahren Vorwürfen der Volkstretung vor 100 Jahren, mit Johann Gottlieb Fichte vor allem, hinlänglich widerlegt sind. Aber wie der Kanzler zu beweisen suchte, daß wir Sozialdemokraten zu den finsternen Mächten des Unglaubens gehören, das ist ein so eigenartiges Verfahren, daß wir es hier unter die Lupe nehmen müssen.

Der Kanzler suchte es zunächst als eine ganz allgemein bekannte Tatsache hinzustellen, daß die Sozialdemokraten Feinde der Religion seien. Als dies von unserer Seite lebhaft bestritten wurde und man Beweise verlangte, schickte er damit heraus, daß er erst vor kurzen einen Artikel in der Leipziger Volkszeitung gelesen habe, wo, wie er wörtlich fortsetzte, „Einrichtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargestellt sind, daß ich allerdings den Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts gebeten habe, zu prüfen, ob da nicht auf strafrechtlichem Wege einzuschreiten sei“. Darin fand also Herr von Bethmann-Hollweg den Beweis, daß die Sozialdemokraten „den Gottesglauben anderer Leute angreifen“. Um diese Bethmannsche Behauptung nachprüfen zu können, lag uns daran, sofort den rucklosen Artikel zu ermitteln. Ein Redakteur der Leipziger Volkszeitung legte sich mit zwei Vertretern des Reichskanzlers in Verbindung, die ihm nach etwa einer Stunde mitteilten, gemeint sei ein Artikel „Wisse der Engel“ vom 10. März. In diesem Artikel läßt sich nun selbst mit juristisch geschulten Augen nicht der geringste Anhalt dafür entdecken, der sich als ein „Angriff auf Einrichtungen des christlichen Glaubens“ bewerten ließe.

Zunächst muß dem Herrn Reichskanzler doch bedeutet werden, daß es Einrichtungen des christlichen Glaubens überhaupt nicht gibt und gar nicht geben kann. Doch vielleicht ist das nur ein salopper Ausdruck, der diesem „leitenden“ Staatsmann entschlüpft ist, weil er sich auf jene Rede, wie

das sonst bei ihm üblich ist, nicht längere Zeit hat vorbereiten können. Nehmen wir also einmal an, er habe Angriffe auf eine christliche „Kirche“ oder mehrere christliche „Kirchen“ gemeint; nehmen wir ferner zu seinen Gunsten an, daß er in irgendeiner sozialdemokratischen Zeitung wirklich Angriffe auf Einrichtungen der christlichen Kirchen entdeckt habe. Wäre denn damit bewiesen, daß die Sozialdemokraten den Gottesglauben anderer Leute angreifen oder daß sie Feinde der Religion sind? Die Gleichsetzung von Religion und Kirche ist eins der bestbelegten Verführungsmittel, das die Verteidiger kirchlicher Herrschaftseinrichtungen anwenden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Wir haben immer wieder gegen eine solche Irreführung der öffentlichen Meinung uns entschieden verhalten. Die sozialdemokratische Partei als solche steht der Religion und dem Glauben neutral gegenüber. In welcher Religion sich jemand bekennen will, ob er eine gottgläubige oder eine nichtgottgläubige Weltanschauung für wahr hält, das soll jedermanns Privatangelegenheit sein. Die Sozialdemokratie hindert keine ihrer Mitglieder, einer gottgläubigen Kirchengemeinschaft anzugehören, wie sie natürlich ebenso wenig irgendeiner ihrer Mitglieder hindert, wenn es auf atheistischem Standpunkte steht, für diese Weltanschauung Propaganda zu machen. Das eine wie das andere bleibt aber immer Privatangelegenheit der einzelnen. Die Partei als solche mischt sich da gar nicht ein.

Ganz anders liegt die Sache mit den kirchlichen Einrichtungen. Die Sozialdemokratie hält es als Vertreterin der Gewissensfreiheit für notwendig, den Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen zur Verfolgung, Unterdrückung und Entrechtung gläubiger oder nichtgläubiger zu bekämpfen, besonders dann, wenn der Staat bei dieser Unterdrückung hilflose Hand leistet. Das ist ein Teil unseres Befreiungskampfes überhaupt, deshalb treten wir ein gegen die Entrechtung der Freigeister, der Dissidenten, der Juden, deshalb sind wir auch für die Aufhebung des Jesuitengebietes, weil es auf die staatliche Beeinträchtigung einer bestimmten Glaubensgemeinschaft hinauskommt. Wie wir umgekehrt ja auch einen energischen Kampf gegen solche katholische Priester führen, die durch Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen die Verfolgung Andersgläubiger aufzuheben suchen. Die Behauptung des Herrn v. Bethmann-Hollweg, wir Sozialdemokraten seien Feinde der Religion und des Gottesglaubens anderer Leute, ist also völlig haltlos. Nicht uns trifft er damit, wohl aber schlägt er damit interessanterweise den besten Traditionen der preussischen Geschichte wie des protestantischen Glaubens ins Gesicht.

Gehören diejenigen Leute, die für den Atheismus und gegen die Gottgläubigkeit gekämpft haben, zu den finsternen Mächten des Unglaubens? So nimmt in dieser Gesellschaft eine hervorragende Stellung ein neben seinem Freunde Voltaire der bedeutendste Monarch Preußens, Friedrich II., den Herr v. Bethmann-Hollweg bei festlichen Anlässen mit salbungsvoller Ehrfurcht Friedrich den Großen nennen wird, und der dieses schändliche Verdienst für in weit höherem Maße verdient als Wilhelm I. Wir können ja mit einer gewissen heiteren Gelassenheit abwarten, wie Herr v. Bethmann-Hollweg verurteilt wird, seinen Abtritt vor den finsternen Mächten des Unglaubens mit seiner Ehrfurcht vor dem größten Hohenzollernfürsten zu vereinbaren.

Der Kanzler ist ferner ja wohl ein gläubiger Sohn der evangelischen Kirche, wenigstens hat er noch jüngst bei Erörterung der Jesuitenfrage mit seinem evangelischen Bemühen gepunktet. Der Begründer der christlichen Kirche in Deutschland und die anderen Reformatoren haben aber die Einrichtungen der christlichen Kirche ihrer Zeit nach Form und Inhalt weit schärfer angegriffen als das jemals Sozialdemokraten den heutigen christlichen Kirchen gegenüber getan haben. Der Schlag, den er gegen uns fährt, trifft deshalb den großen Kirchenreformator Martin Luther noch im Grabe. Wir gratulieren, Herr Reichskanzler!

## Vom belgischen Kriegsschauplatz.

Der Streit in Antwerpen.

Antwerpen, 16. April.

Was Antwerpen in dem Wahlrechtskampf des belgischen Proletariats zu einem strategischen Punkt ersten Ranges macht, ist weniger der Umfang seiner Industrie, obwohl es für die Metallindustrie, die Zigarettenfabrikation, Diamantbearbeitung ein sehr wichtiges Zentrum ist, als die Bedeutung seines Hafens für das belgische Wirtschaftsleben überhaupt. Antwerpen ist nach Hamburg — dem es übrigens nur sehr wenig nachsteht — der größte Hafen des europäischen Festlandes und sozusagen der einzige Hafen in Belgien. Belgien ohne die überseeische Ein- und Ausfuhr durch den Antwerpener Hafen ist wie eine Flasche, der der Hals zerbrochen ist.

Man war im Streikkomitee bis zum 14. April auch nicht ganz sicher, daß es gelingen würde, den Hafendienst dort stillzulegen. Sind doch von den etwa 20 000 Hafensarbeitern kaum 6000 organisiert. Es kommt hinzu, daß befürchtet wurde, die fast völlig sterilisierte ländliche Umgebung Antwerpens werde den Unternehmern ein sehr großes Heerbeheer von Streikbrechern zur Verfügung stellen. Man sah also mit be-

sonderer Spannung den neuesten Nachrichten über den Anfang des Kampfes im Antwerpener Hafen entgegen, die, wie bekannt, überraschend günstig ausfielen. Ein großer Teil der bürgerlichen Blätter brachte indes am Montag und noch am folgenden Dienstag Nachrichten, die die Situation hinlänglich, als ob mit dem Streik im Antwerpener Hafen nicht viel los sei. Der flerkale Vingtième Siècle hatte sogar am Montag eine hegesüberhöchliche Manschette: on travaille au port d'Anvers! „Es wird im Antwerpener Hafen gearbeitet!“

Nun — ich habe mir heute den Hafen angesehen, und nachdem ich die fast 25 Kilometer lange Strede, die zu bewältigen ist, wenn man alle Raas und Docks in Augenschein nehmen will, zurückgelegt habe, muß ich sagen, der Vingtième Siècle hat recht: es wird im Antwerpener Hafen gearbeitet. Er hat nur versäumt, hinzuzufügen, in welchem Umfange und durch wen. Hier und da kann man nämlich ein paar Foremen (Vorarbeiter) sehen, die mit Hilfe von Schiffsmannschaften — vielfach indische Kulis — sich den Anschein geben, als ob sie versuchen wollten, ob es nicht auch ohne Arbeiter gehen werde. An einigen Passagierschiffen, die mit Jagen „vaste mannen“ (jenseitigen Arbeitern) beladen, sind diesen dunklen „Arbeitergruppen“ als Garnitur auch einige weltliche Hafenarbeiter beigegeben, insgesamt für den ganzen Hafen aber nur einige Hunderte. So arbeiten an dem großen Amerika-Dampfer Kapland der Ned-Star-Linie, wie mir der Stauer selber zugab, kaum 100 Mann einschließlich der Foremen und der Mannschaftsleute, wo sonst 600, meist „vaste mannen“, beschäftigt sind. Und dies ist dann noch ein Melior! Auf den anderen großen Ozeandampfern, die am Kai liegen, ist der Prozentsatz der Arbeitenden noch viel geringer, und auf den weißen Frachtdampfern, die in den Docks liegen, ist er gleich Null. In den Trockendocks war überhaupt kein Mensch zu sehen.

Die einzige Bewegung, die man merkt, ist die der Soldaten und Bürgergardisten, die von 100 zu 100 Metern an den langen Reihen stillstehender Eisenbahnwagen mit aufgestellten Bajonetten Schildwache stehen und mit melancholischem gelangweiltem Blick auf die herumliegenden Ballen, Kisten und Häcker schauen. Wie überflüssig diese militärische Machtentfaltung ist — zwei Regimenter Bürgergarde und vier Regimenter Infanterie sind zur Ueberwachung der Hafenanlagen herangezogen worden —, geht daraus hervor, daß ich nirgends an den Hafenanlagen einen einzigen Streikenden getroffen habe. Dagegen wimmelt es in der Stadt von gerumpelnden Streikenden, die mit dem roten Verbandstaschen oder mit dem grünen „Wahlrechtstasche“, meist in Gruppen von drei bis fünf Mann, in den Straßen herumlaufen.

Viele sah ich von den Streikkontroll-Posten mit einem in eine Zeitung gewickelten oder in ein Handtuch gewickelten Weibsbrot nach Hause gehen. Heute wurde nämlich in Antwerpen zum erstenmal die Unterstützung in natura ausgezahlt, die von lokalen Streikkomitee zu erhalten alle Streikenden, ob organisiert oder nicht, berechtigt sind, sofern sie sich regelmäßig zur Kontrolle melden. Die Organisierten erhalten außerdem von der dritten Woche an von ihrer Gewerkschaft Geldunterstützung. Jedes Lokale der inneren Stadt und sieben der Vororte dienen zu diesem doppelten Zweck: der Kontrolle und Unterstützungsausgabe. Von 8 Uhr früh bis mittags können die Streikenden sich dort kontrollieren lassen und ihre Unterstützung erhalten. Bis heute mittag hatten 5400 Mann von ihrem Unterstützungsrecht Gebrauch gemacht, und zwar nach dem folgenden Satze: ein (in der sozialistischen Genossenschaftsbücherei gebadener) Weibsbrot für Ledige und Verheiratete ohne Kinder, ein Brot mehr für je zwei Kinder, dazu ein Liter trockene Erbsen, die morgen durch Reis, übermorgen durch weiße Bohnen und so fort ersetzt werden sollen. Mehr als drei Brote erhält niemand, wer mehr als vier Kinder hat, wird gebeten, die übrigen einschreiben zu lassen, damit sie ins Ausland verschickt werden. Ich besuchte vier von diesen Streiklokale und fand, daß überall eine freundliche, hegesüberhöchliche Stimmung herrschte. Auch hier, wo die Raumverhältnisse es erlauben, gesungen und getanzt, aber nicht oder so gut wie gar nicht getrunken — das Streikkomitee hat in allen Streiklokale Plakate andringen lassen, die die Streikenden darauf aufmerksam machen, daß in den Streiklokale kein Trinkzwang besteht. Kommunistische Suppen-tischen gibt es in Antwerpen nicht.

Das Streikkomitee hatte gestern auf dem Stadremplaz in Zurenborg bei Antwerpen ein Radrennen organisiert, an dem Streikende teilnahmen, heute nachmittag gab es Ringvorstellungen und Fußballspiel. Auch in Antwerpen hat man also verstanden, daß nicht nur der Hunger, sondern auch die Vangeweise Feinde sind, die systematisch bekämpft werden müssen.

Eine Falschmeldung der deutschen bürgerlichen Presse. Der Rürnberger Generalanzeiger bringt die Meldung, der belgische Ministerpräsident habe in der Kammer erklärt, er wolle in die Revision der Verfassung eintreten. Das ist unrichtig. Nach übereinstimmenden anderen Mitteilungen soll der Ministerpräsident nur erklärt haben, wenn wieder völlige Ruhe geworden sei, würde man der Frage einer etwaigen Verfassungsrevision erneut nähertraten. Das sind